

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/165

Bonn, den 31. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Von Hassel jetzt auch "moralisch tot"</u>	38

"Alle Schuld den Untergebenen"

Von Karl Wienand, MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses
des Deutschen Bundestages

2	<u>Richtlinienkompetenz ?</u>	50
---	-------------------------------	----

Von Fritz Stallberg

2	<u>Mitteldeutscher Alltag</u>	48
---	-------------------------------	----

"Kooperationen" in der Landwirtschaft
Zone sucht Anschluß an westliches Genossenschaftswesen

3 - 4	<u>Antisemitismus in der Sowjetunion</u>	64
-------	--	----

Merkwürdige Geistesverwirrung bei harten Stalinisten

Von Gad Redlich

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEDERUNG bringt heute:

Laßt uns zusammenhalten!
Die Vertriebenen sind keine Revanchisten

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Von Hassel jetzt auch "moralisch tot"

"Alle Schuld den Untergebenen"

Von Karl Wienand, MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses
des Deutschen Bundestages

Am 29. August 1966 hat ein Bundesminister ein moralisches Haarakiri verübt. Fast drei Viertel Stunden lang war die in- und ausländische Presse in Bonn erschütterter Zeuge einer Vorstellung, die in der Geschichte der Verteidigungsminister nicht nur in Deutschland ihresgleichen vergeblich sucht.

Herr von Hassel, seit Monaten Zielpunkt schärfster Kritik, die in zunehmendem Maße auch aus dem eigenen Lager kommt, hatte nicht die geringsten Skrupel, um die ihm grundgesetzlich aufgetragene und mit Eid übernommene Ministerverantwortung für alle Vorgänge in seinem Amtsbereich zur Farce zu machen. Ihn hinderte hierbei nicht, daß er die ihm in seinem Amte zusätzlich auferlegte besondere Verantwortung eines Inhabers der Befehls- und Kommandogewalt in sich selbst unheilbar verletzte.

Er allein trägt diese zwiefach besondere Verantwortung im Gesamtbereich der Verteidigung und er muß sie auch dann tragen, wenn er dabei durch eigene Unfähigkeit oder durch Unvermögen seiner Untergebenen in die unmittelbare Gefahr gerät, für die Vorgänge mit dem Rücken an der Wand gerade stehen zu müssen. Jeder Behördenchef bemerkt es in ähnlichen Situationen zunächst einmal - mindestens bis zum Abschluß von Untersuchungen - als selbstverständlich, sich selbst und vor die ihm anvertrauten und untergebenen Beamten zu stellen. Man nennt ein solches Verhalten die "Treueverpflichtung auf Gegenseitigkeit".

- * Herr von Hassel hat sich um diese unabdingbaren Selbstverständlichkeiten einen Pappentitel gekümmert. Er hat alle
- * Verantwortung auf seine aus dem Amt geschiedenen Untergebenen abgeschoben und hat ihnen dazu noch einen Fußtritt versetzt; den noch im Amt befindlichen Untergebenen ist es
- * nicht viel besser ergangen.

Wenn Herr von Hassel nach seinem vollzogenen Rücktritt als Bundesverteidigungsminister in geeigneter Form seine Anklagen gegen die Generale und gegen seine sonstigen Mitarbeiter erhoben hätte, dann wäre sein Verhalten zu billiger gewesen. Aber so steht er heute hüllenlos und entlarvt nicht nur vor seinen Soldaten und seinen Beamten; auch die gesamte Öffentlichkeit weiß nun endgültig, wer und was dieser Hassel ist: Für jedermann und alles und jedes eine unerträgliche Belastung.

Herr von Hassel hat moralischen Selbstmord begangen.

Richtlinienkompetenz ?

Von Fritz Stallberg

Die Kritik der SPD an den Fehlleistungen der Bundesregierung entspricht ihrer über Parteiinteressen hinausgehenden demokratischen und staatspolitischen Verantwortung. Das war bisher so und wird auch so bleiben. Jeder Versuch der Bundesregierung, für diese unsere Kritik Richtlinien zu geben, wird ganz entschieden zurückgewiesen.

Die Öffentlichkeit erlebt gerade durch die Ereignisse dieser Tage, so beispielsweise durch die sich immer mehr ausweitende Dauerkrise in der Führungsspitze des Verteidigungsministeriums, daß die durch die SPD geübte Kritik sachlich begründet und dringend notwendig ist. Es gilt, die Bundesregierung auch daran zu hindern, durch Fehlleistungen und In-ter-lu-sionen lebenswichtige deutsche Interessen zu gefährden.

Ausgerechnet die Bundesregierung möchte nun Zensuren verteilen. Sie läßt verkünden, die SPD betreibe seit Wochen eine systematisch gesteuerte Kampagne gegen den Bundeskanzler und außerdem verbreite sie künstlich aufgebaute Krisenmeldungen. Derartige Abwertungsversuche und der einer Diffamierung gleichkommende Vorwurf, die Kritik der Opposition schade dem deutschen Volk, lassen den Schluß zu, daß die Bundesregierung eine Art Richtlinienkompetenz zur Bestimmung der Grenzen einer nach ihrer Ansicht verantwortungsvollen Opposition besitzen möchte.

Das zeigte sich übrigens auch, als der Regierungssprecher in diesen Tagen von der SPD eine Klarstellung forderte, und zwar im Zusammenhang mit einer durch den Bundeskanzler ausgesprochenen Einladung an die Opposition zu einem wirtschaftspolitischen Gespräch. Grundsätzlich: Die sozialdemokratische Opposition läßt sich nicht ans Gängelband nehmen; sie hat nicht die Absicht, ihre Pflicht zur Wechselseitigkeit und Kritik zu vernachlässigen, auch dann nicht, wenn das die regierungsmäßige Vorbedingung für ein Gespräch sein sollte.

Die SPD sagt mit der gebotenen Deutlichkeit und - wo sie es für erforderlich hält - auch mit schonungsloser Härte ihre Ansicht und deckt Tatbestände auf. Dementsprechend verhielt sich Willy Brandt in seinem am Wochenende veröffentlichten Interview und ebenfalls Herbert Wehner.

Es gibt nichts klerkzustellen. Ein Zusammenhang zwischen Herbert Wehners Äußerungen über Möglichkeiten und Unmöglichkeiten einer Regierungszusammenarbeit einerseits und einem der sachlichen Klärung einer Gesetzgebungsabsicht dienenden Gespräch zwischen dem Regierungschef und der parlamentarischen Opposition andererseits besteht nicht. Ein Zusammenhang ist auch nicht deshalb gegeben, weil Herbert Wehner den amtierenden Bundeskanzler als eine Führungspersönlichkeit der CDU hart kritisiert hat. Wer einen Zusammenhang konstruieren möchte, verfolgt die Absicht, von seinen eigenen Schwierigkeiten abzulenken.

Die SPD betreibt keine Kostruktionspolitik. Sie ist zu sachlicher Zusammenarbeit bereit und wird diese Haltung auch bei der parlamentarischen Behandlung der anstehenden wirtschaftspolitischen Gesetzgebung durch konstruktive Anregungen und Forderungen beweisen. Ein Gespräch mit dem Bundeskanzler oder seinem Wirtschaftsminister - der übrigens auch zu einem wenige Tage später liegenden Termin eingeladen hat - kann der sachlichen Vorbereitung dienen. Im gegenwärtig anliegenden Falle besteht außerdem ein besonderes Eigeninteresse der Bundesregierung, da sie selbst nicht über eine ausreichende Mehrheit verfügt, ihren Gesetzentwurf durchzubringen.

Mitteldeutscher Alltag

"Kooperationen" in der Landwirtschaft

Zone sucht Anschluß an westliches Genossenschaftswesen

OS - Für die SED war es immer selbstverständlich, genossenschaftliche Einrichtungen der Landwirtschaft westlicher Länder zu bekämpfen. Diese Genossenschaftsformen waren für die SED, die sich an Kolchos-System orientierte, "eine besondere Form kapitalistischer Produktionsmethoden". Seit einiger Zeit taucht in der landwirtschaftlichen Theorie und Praxis der "DDR" das Wort "Kooperation" auf. Ist dieser neue Begriff etwas grundsätzlich Neues, wie es die SED darzustellen versucht, oder verbirgt sich hinter dem Wort "Kooperation" eine alte, bewährte Methode landwirtschaftlicher Zusammenarbeit bäuerlicher Betriebe?

Für die Entwicklung der "Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften", der LPG - hier ein irreführender Begriff - gab es fest umrissene Entwicklungsstadien. Die Typen I und II sind Vorstadien, während die Stufe Typ III die höchste Form einer Produktionseinheit darstellen sollten. Die Entwicklung ist zur Zeit in der überwiegenden Mehrheit der LPG's in der Stufe II stecken geblieben. Hauptgrund für das "Zurückbleiben" in der Stufe II ist das Beharren der Bauern an den verbliebenen Resten ihres Eigentums. Wenn davon ausgegangen werden muß, daß für die nächsten Jahre eine weitere "Sozialisierung" nicht durchgeführt wird - alle Vorstöße unterer Organe würden abgeblockt - muß das vorhandene Stadium der Type II vervollkommen werden. Die LPG's müssen im Weltmaßstab rentabel gemacht werden. Aus diesem Grunde werden "neue Formen" für die Zusammenarbeit der LPG-Betriebe gesucht.

Keine LPG in der "DDR" ist flächenmäßig so groß, daß sie sich eine volle Besetzung mit allen notwendigen Maschinen leisten könnte. Anschaffung und Rentabilität sind Faktoren, die nicht umgangen werden können. Die Landwirtschaft der "DDR" unterliegt dem Zwang zur Mechanisierung ebenso wie westliche Betriebe. Aber nicht nur aus Gründen einer rationellen und intensiven Bodennutzung ist die volle Mechanisierung notwendig. Die Landflucht ist auch dort zum ernststen Problem geworden. 1950 waren noch 2,5 Millionen Beschäftigte vorhanden, 1965 schrumpfte diese Zahl auf 1,4 Millionen zusammen. Die Flucht hält noch weiter an und ist, trotz großer Propaganda, noch nicht abgesoppt worden. So steht die Landwirtschaft vor dem Problem, bei sinkenden Beschäftigungszahlen, die Produktion weiter zu erhöhen. Die rationelle Nutzung des Maschinenparks und anderer Hilfen zur Rationalisierung der Betriebe (LPG) bietet sich als einziger Ausweg an. Das Grundproblem ist somit das Gleiche wie in westlichen Ländern.

Nach dem Zusammenbruch hatte es bereits gewisse "kooperative" Hilfen der Bauern untereinander gegeben. (VdgB-Vereinigung gegenseitiger Bauernhilfe). Mit der Gründung der LPG's verloren diese, juristisch nicht näher fixierten Beziehungen an Bedeutung, weil die SED von der Vorstellung einer autarken LPG, vom Typ III, in ihrer Landwirtschaftspolitik ausging.

Jetzt kehrt die SED zu einer "höheren" Form kooperativer Zusammenarbeit bäuerlicher Betriebe wieder zurück. Unter anderen Voraussetzungen wird ein seit langer Zeit in westlichen Ländern erprobtes und bewährtes System zum bestimmenden Faktor in der Landwirtschaft der "DDR".

Antisemitismus in der Sowjetunion

Merkwürdige Geistesverwirrung bei harten Stalinisten

Von Gad Redlich

Petitionen zionistischer und anderer jüdischer Kongresse in- und außerhalb Israels, sowie Resolutionen westlicher Länder haben die Weltöffentlichkeit auf ein von Jahr zu Jahr brennender werdendes Problem aufmerksam gemacht: auf das Ansteigen des Antisemitismus in der Sowjetunion. Wer wird sich wundern, daß sich gerade die Regierung in Jerusalem besonderer Sorgen um das Schicksal der Juden in der UdSSR macht, daß Rundfunk und Presseorgane immer wieder in nachmal ratlosen Artikeln nach den "Warum?" fragen. Es ist dabei weniger davon die Rede, daß Moskau sich aus politischen Gründen weigert, zumindest einen Teil der drei Millionen russischen Juden nach Israel auswandern zu lassen, da man sich so die "Freundschaft" mit den Regimen in Syrien oder Ägypten verderben würde. Weit wichtiger ist noch zur Zeit, daß in den letzten Monaten gläubige russische Juden daran gehindert wurden, ungestört ihren Kulthandlungen nachzugehen, daß die sowjetische Polizei vor Pflingsten in Mazzot-Bäckereien eindrang und die Backwerke vernichtete, daß sich unter den wegen sogenannter "Wirtschaftsvergehen" verurteilten sowjetischen Bürgern eine unverhältnismäßig große Zahl von Juden befindet.

Besondere Beachtung fand deshalb ein Artikel, der in diesen Tagen von einem französischen Journalisten veröffentlicht wurde. Der Zeitungsmann gilt durch langjährigen Rußlandaufenthalt als Fachmann für die innere Situation der UdSSR. Sein besonderes Augenmerk galt während seines Aufenthaltes Liberalisierungstendenzen, ihren Gegnern und den ethnischen Gruppen, die bisher von der "Gleichheit aller Werktätigen" noch nicht besonders viel gemerkt haben.

Bezüglich der Schwierigkeiten für die russischen Juden seien von vornherein zwei Haupttendenzen festgehalten: es sind vor allem die allen Neuerungen abgeneigten Altstalinisten, die sich als zum Teil regelrecht fanatische Antisemiten gebärden. Ihre Propagandathesen dürften dabei gerade in Deutschland Erinnerungen an eine unheilvolle Zeit wachrufen. Demgegenüber steht der größte Teil der

Jugend dieses Verhalten ablehnend gegenüber, wobei aus den grenzenlosen Staunen über das intolerante Verhalten der alten Garde Stalins kein Hehl gemacht wird.

Der Journalist berichtete von einem Gespräch mit einem konservativen Parteifunktionär. Dieser "Genosse" berichtete ihm dem Sinn nach folgendes: "Außer in der Sowjetunion besitzen im wirtschaftlichen und geistigen Leben überall auf der Welt die Juden entscheidende Schlüsselpositionen". Der Funktionär verstieg sich dann zur Behauptung, daß selbst der Papst eine Jude sei. Auf den Einwand des Journalisten, er könne ihm definitiv versichern und auch beweisen, daß sich der Funktionär irre, kam der Einwand, daß der Heilige Vater in Rom dann jedoch auf jeden Fall FREIMAUERER sei.

Behauptungen dieser Art aus dem Munde eines sowjetischen Funktionärs wären dazu angetan, größte Heiterkeit auszulösen, wären nicht unter dem scheinbaren Mantel der genau gleichen Behauptungen die gräßlichsten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit begangen worden, und wären sie nicht Vorwände für programmähnliche Polizeiaktionen in vor allen Ländern russischen Segelnden, die manchmal an die Kosaken-Einfälle in russisch-jüdische Dörfer in den letzten Jahren des Zarenreiches erinnern.

Auf der anderen Seite muß jedoch auch festgestellt werden, daß Regierungskreisen in Moskau diese Vorfälle zumindest peinlich sind. Anders ließen sich die empfindlichen Reaktionen auf Proteste israelischer und amerikanischer Kreise gar nicht erklären. Sehr in Zweifel gestellt werden muß jedoch, ob mittlerweile im Krenl alles Menschenmögliche unternommen wurde, diesen im besten Fall auf Borniertheit und Engstirnigkeit örtlicher Kreise beruhenden Treiben ein Ende zu bereiten. Es wird auch in naher Zukunft nichts anderes übrigbleiben, als durch öffentliche Proteste die "Perfekttheit der sowjetischen Gesellschaft" in Zweifel zu ziehen und die Verantwortlichen auf diese Weise zu einem energischeren Vorgehen gegen diese wohl schlimmste Krankheit in der moralischen Entwicklungsgeschichte der Menschheit zu bewegen.